

## Protokoll

### der 43. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung, Tourismus und Rechnungsprüfung der Stadtverordnetenversammlung Lübben (Spreewald)

5	am:	13.11.2018
	Ort:	Sitzungssaal des Rathauses
	Beginn:	17:30 Uhr
	Ende:	19:13 Uhr
10	<i>anwesende Ausschussmitglieder:</i>	<i>sachkundige Bürger:</i>
	Burkhard Herzke	Franz Richter
	Detlef Brose	Tino Dietrich
	Benjamin Kaiser	
	Bork Lange	
15	Sven Richter	
	<i>Entschuldigte Ausschussmitglieder:</i>	<i>entschuldigte sachkundige Bürger:</i>
		Doreen Stahn
20		Thomas Mietk
		Ralf Karla
	<i>anwesende Verwaltungsangestellte:</i>	
	Marita Merting	
	Anette Kurz	
25	Dörthe Ziemer	
	Manuela Barski	

- 30 - öffentlicher Teil –
- TOP 1 – Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
- Zur Sitzung wurde ordnungsgemäß geladen. Der Ausschussvorsitzende Herr Herzke stellt fest, dass der Ausschuss abstimmungsfähig ist.
- 35 TOP 2 - Bestätigung zur Tagesordnung
- Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.
- 40 TOP 3 – Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung
- Es gibt keine Einwendungen.
- 45 TOP 4 – Einwohnerfragestunde
- Es gibt keine Fragen.
- TOP 5 – Haushaltssatzung der Stadt Lübben (Spreewald) für das Haushaltsjahr 2019 - Vorlage 2018/114, 1. Lesung
- 50 Frau Merting präsentiert den Gesamtergebnis- und Finanzhaushalt 2019 sowie die Liquiditätsentwicklung und Maßnahmenliste. Sie erklärt, dass der Ergebnishaushalt mit +1.900,00 € ausgeglichen ist. Wesentlich Veränderungen sind die Personal- und Transferaufwendungen mit 33,57% sowie der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen. Im Finanzhaushalt 2019 im
- 55 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ist ein Plus von knapp 1.000.000,00 € zu verzeichnen.
- Herr B. Kaiser hält den Haushaltsplan für unrealistisch, und verweist u.a. auf die hohen Personalkosten, für die er eine Aufschlüsselung erwartet. Grundsätzlich schlägt er eine Überprüfung

60 fung des Personalkonzeptes vor. Zudem sei ihm die Höhe der Kosten für das neue Museumskonzept zu hoch, und er hinterfragt, ob diese Investition von 5,2 Mio. € wirklich notwendig sei. Nach Aussagen der Stadt sei beispielsweise der Dorfplatz Radensdorf nur mit Fördermitteln realisierbar. Da diese Aussage bereits 5 Jahre besteht, fragt er, ob sich die Stadt nun bereits um Fördermittel bemüht hat. Das gleiche Thema betrifft das DGH Lubolz. Da 65 2018 die Planungsleistung vergeben wurde, wird auch ein Bau erwartet. Er erwartet grundsätzlich mehr Mut der Stadt Lübben, zu sagen, was wirklich realisiert werden kann. Auf Seite 24 des Haushaltsplans 2019 sei der Bau der Kita Waldhaus dargestellt. Laut Tabelle übersteigen die Fördermittel die Baukosten. Nach Angabe von Frau Merting ist dies lediglich eine schlechte Darstellung. Herr Kaiser erwähnt den Wunsch der Stadtverordneten nach einem ÖPP- bzw. PPP-Projekt für den städtischen Kitabau. Eine Realisierung sollte überprüft werden. Die Aussage zur Brücke Wehr Hartmannsdorf und Umverlegung A-Graben, dass die 70 Maßnahme mithilfe von Tourismusbeiträgen realisiert werden sollen, ist nach mehrfachem Entgegenprechen in den vergangenen Jahre wieder im Bericht enthalten. Der Meinung von Herrn Kaiser zufolge wird sich die Stadtverordnetenversammlung auch in diesem Jahr nicht dafür aussprechen. Nach Angabe von Herrn B. Kaiser fehlen im Plan auch Erläuterungen zu den einzelnen Produkten und ihren Abweichungen. Der Anstieg der Afa von 2,4 Mio. € auf 75 2,8 Mio. € sollte näher erläutert werden, da sich für ihn dieser nicht nachvollziehen lässt. Eine abschließende Frage betrifft die Beteiligungserträge. In 2018 waren 622.000,00 € geplant. Diese wurden in 2017 nicht ausgeschüttet, sondern nach 2018 übernommen, so Frau Barski, um sie dann in Höhe von 297.000,00 € als Sonderausschüttung auszuschütten. 80 200.000,00 € gehen an sie SÜW, 100.000,00 € an die LWG und 25.000,00 € an die KBE. Genauso wird für 2019 geplant.

Herr S. Richter sieht die Organisationsuntersuchung und das damit verbundene lang ersehnte Ergebnis des Personalentwicklungskonzeptes als verantwortlich für die Erhöhung der Personalkosten. Es sollte zielgerichtet überlegt werden, welche Stelle wirklich umgesetzt wird. 85 Frau Merting schlägt vor, zu dem Thema Herr Hase einzuladen, da er als Fachbereichsleiter bessere Auskunft zum Konzept geben kann. Ganz anders sieht Herr S. Richter das Thema Kitabau. Der Wunsch zum Bau war vorhanden. Die Frage war nur, zu welchen Kosten, und wo. In der Stadtverordnetenversammlung wurde ebenso der Wunsch nach einem Museum mitgeteilt, sowie zur Erstellung eines Museumskonzeptes, welches als Leitfaden genutzt werden kann, so Herr S. Richter. Seiner Meinung hätte ordentlich dargestellt werden sollen, wo die Reise hingehet, anstatt die Kosten im Haushaltsplan „zu verstecken“. Zudem erfragt er, ob die Baumaßnahme Toiletten Hauptfriedhof in der Prioritätenliste enthalten ist. Nach Aussage von Frau Merting ist die Maßnahme im Haushalt enthalten, da die Mittel bereits 2018 90 eingeplant waren und nach 2019 übernommen werden. Als letzten Punkt erfragt Herr S. Richter, ob die Mittel für das Programm Stadtbau Lübben-Nord in den Haushaltsplan eingearbeitet sind.

Herr B. Lange fallen Zahlendreher auf Seite 25 im Vorbericht auf (Hainmühlenweg, Berliner Straße). Auf Seite 326 sind die Zahlen korrekt, so Frau Merting. Sie korrigiert den Vorbericht 100 mündlich, und erklärt, dass die falschen Seiten schnellstmöglich ausgetauscht werden. Herr Lange findet die Straßenausbaubeiträge im Hainmühlenweg in Höhe von 27.000,00 € pro Grundstück zu hoch.

Herr D. Brose spricht ebenfalls die Personalkostenthematik an, und wünscht sich auch eine klare Aufschlüsselung. Seiner Ansicht nach sind die Kosten utopisch. 105

#### TOP 6 – Umsetzung des Gesellschaftsvertrages der Tourismus, Kultur und Stadtmarketing Lübben (Spreewald) GmbH – Vorlage 2018/115

110 Frau Merting gibt eine kurze Einführung, und weist auf die 3 wesentlichen Punkte in der Beschlussvorlage hin.

Herr Brose fragt, ob der Stadt Lübben ein anderer als der geplante Ausgang zum Nachteil werden könnte. Ihm fällt es an dieser Stelle etwas schwer, etwas zu bestätigen, wenn das Ergebnis des Interessenbekundungsverfahrens noch aussteht. Frau Merting erklärt, dass es der Stadt Lübben darum geht, dass lt. altem Beschluss von 2016 die Gesellschaft bis zum 115 31.12.2017 abzuwickeln ist, sollte es bis dahin keine Umstrukturierung und Lösung der TKS geben. Dies wurde nicht getan. Die Mittel wurden in 2018 wieder eingestellt. Da eine Einglie-

120 derung der TKS in die Stadt Lübben ganz bewusst nicht gewollt war, ist eine Änderung der Beschlussvorlage notwendig. Herr Brose denkt, dass eine Beschlussfassung eventuell das Ziel der Stadt Lübben verfehlen könnte. Auch Herr S. Richter versteht nicht, wo das mit dieser Vorlage hinführen soll.

Herr Herzke übergibt den Vorsitz an Herr Kaiser und erklärt, dass die Vorlage dazu dienen soll, dass die TKS nicht in die Stadt eingegliedert wird. Das Interessenbekundungsverfahren soll weiter laufen, und eventuell auch eine Ausschreibung erfolgen. Um den alten Beschluss außer Kraft zu setzen, bedarf es eines neuen Beschlusses.

125 Herr B. Kaiser fragt zum Punkt 3 der Beschlussvorlage, ob es eventuelle Probleme mit dem Teilzeit- und Befristungsgesetz geben könnte. Sofern ja, ist er für eine Streichung des Punkt 3. Diese Stellen sollten neu ausgeschrieben werden. Seiner Ansicht nach sollte kein unbefristetes Personal in eine Gesellschaft geholt werden, deren Zukunft noch unklar ist. Laut Frau Barski beträfe dies 1 Stelle, die demnächst um ein Jahr verlängert wird. Die 2. Stelle ist  
130 nie besetzt worden.

Laut Herr Herzke solle grundsätzlich der Beschluss von 2016 „gerade gerückt“ werden.

Abstimmungsergebnis: dafür: 1, dagegen: 1, Enthaltungen: 3

#### 135 TOP 7 – Kreditaufnahme der Stadtentwässerung Lübben (SEL) – Vorlage 2018/116

Da der Kredit im Rahmen des Wirtschaftsplanes bereits indirekt genehmigt wurde, gibt es keine weiteren Bemerkungen dazu.

140 Abstimmungsergebnis: dafür: 5, dagegen: 0, Enthaltungen: 0

#### TOP 8 – Anfragen/Hinweise öffentlicher Art

145 Herr Brose bemängelt die fehlende Zuarbeit von Anfragen zu den Themen Beschriftung Mehrzweckhalle, Bau Minispielfeld Berliner Chaussee und Lehnigksberger Brücke. Er bittet um einen regelmäßigen kurzen Zwischenbericht zum Stand durch den Bürgermeister.

Herr Herzke schließt den öffentlichen Teil und stellt Nichtöffentlichkeit her.